

Antrag



CDU

Fraktion im Rat der Stadt Hagen

Rathausstraße 11
58095 Hagen

CDU-Fraktion Hagen . Rathausstraße 11 . 58095 Hagen

Herrn Vorsitzenden

Telefon: 02331 207 3184
Telefax: 0322 23942496

Dr. Stephan Ramrath

E-Mail: boehm@cdu-fraktion-hagen.de

- im Hause

Dokument: 2015_02_24_antrag_rat_finanza_mtsschlucht.docx

17. Juli 2015

Antrag für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 22. September 2015

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Dr. Ramrath,

gemäß § 5 Absatz 2 der GeschO des Rates vom 08.05.2008 in der Fassung des II. Nachtrags vom 20. September 2012 beantragen wir für die Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses am 22. September 2015 den Tagesordnungspunkt

Änderung des Luftreinhalteplans:

hier: Stadtwindforschung als Instrument zur Senkung von Feinstaub- und NO_x-Konzentration in der „Finanzamtsschlucht“

Bericht der Verwaltung

Diskussion

Antrag

1. **Die Verwaltung wird beauftragt, Kontakt mit dem Bauphysiker und Stadtwindforscher Prof. Dr. Jan Carmeliet¹ von der ETH Zürich oder vergleichbaren Forschern aufzunehmen um zu prüfen, welche Möglichkeiten der Strömungsverbesserung in der Finanzamtsschlucht bestehen.**
2. **Besteht eine realistische Aussicht, die Belastungen mit NO₂ und Feinstaub in der Finanzamtsschlucht durch eine bessere Belüftung deutlich zu verbessern (Einhaltung der EU-Grenzwerte / Vermeidung von Strafzahlungen), ist ein entsprechendes Gutachten einzuholen.**
3. **Zur Finanzierung des Gutachtens sind Fördermitteltöpfe von EU, Bund und Land abzufragen bzw. bei der Bezirksregierung Arnsberg ins Gespräch zu bringen.**
4. **Sofern weitere Mittel aus dem städtischen Haushalt verausgabt werden müssten, entscheidet der Ausschuss darüber, welche Maßnahme dafür gestrichen oder verschoben wird.**

¹ siehe <http://www.carmeliet.arch.ethz.ch/Team/Carmeliet>

Begründung:

Der Berichterstattung der Westfalenpost vom 09.07.2015 „Stadt prüft Tempo 30 auf dem Innenstadtring“ ist zu entnehmen, dass eine mögliche Maßnahme zur Verbesserung der NO₂-Belastung sein könnte, die Durchfahrt am Finanzamt für Lkws komplett zu sperren. Gleichzeitig kündigt die Verwaltung an, nach der Sommerpause erste Vorschläge zu unterbreiten, wie sich die Schadstoffbelastung dort senken lässt.

Hintergrund sind Drohungen der Landesregierung, die Kommunen für mögliche Strafzahlungen der EU wegen der Nichteinhaltung von Schadstoffgrenzwerten in Regress zu nehmen.

Um alle sich bietenden Gelegenheiten einer Verbesserung der Luftsituation ohne folgenreiche Sperrung der Finanzamtsschlucht zu erreichen, sollte die Verwaltung dringend alle Maßnahmen zur Verbesserung der Frischluftzufuhr an dieser Stelle prüfen.

Der Stadtwindforscher Prof. Dr. Jan Carmeliet hat diesbezüglich bereits Modelle entwickelt, die die Rauheit von Oberflächen wie Fassaden und Bäumen mit erfassen. Eine solche Untersuchung kann bisweilen aufdecken, dass Begrünung an den falschen Stellen angebracht, die Durchlüftung sogar behindert. Insgesamt erwarten die Antragsteller vom Sachverständigen, dass er Hinweise darauf geben kann, an welchen Stellen sich die Frischluftzufuhr noch deutlich verbessern lässt. Denn ohne Verbesserung der Frischluftzufuhr wird es sicherlich nicht gelingen, die NO₂-Grenzwerte in der „Finanzamtsschlucht“ nachhaltig einzuhalten.

Deshalb bitten die Antragsteller die Verwaltung auch außerhalb des Sitzungsturnus, bereits entsprechende Gespräche zu führen und Vorarbeiten zu leisten, soweit dies unentgeltlich oder im Rahmen des Budgets möglich ist.

Eine dauerhafte Sperrung der „Finanzamtsschlucht“ führt auch Sicht der Antragsteller nämlich nicht nur zu erheblichen Umweg-Fahrten in der Stadt, sondern auch zu einer weiträumigen Verteilung einer viel größeren Schadstoffmenge auf der Ausweichroute. Eine solche Sperrung, wenn auch nur für Lkw, ist in jedem Falle zu vermeiden.

Mit freundlichen Grüßen verbleiben

Gerhard Romberg
Fraktionssprecher


F.d.R. Alexander M. Böhm
Geschäftsführer